VI. Lieferung. Nr. 337 Donnerstag, 20. Juli 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.90 (einschließl. 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.90 einschl. 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreis: 30 mm breite Grundzeile 35 Pfg., auswärts 40 Pfg. Ausfallabschlag u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Offert.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Geheimverträge gegen Deutschland

Polen Arm in Arm mit Sowjetrußland

Berlin, 19. Juli. Aus Wien wird geschrieben: In dem Kampfe, den die Diktatoren Europas um die künftige Gestaltung des Abendlandes führen, entfaltet die französische Diplomatie eine fieberhafte Tätigkeit. Ihr Hauptbestreben geht derzeit dahin, das nationalsozialistische Deutschland unbedingt zu isolieren. Dieses Ziel wird auf allen Linien verfolgt: in England und Amerika sowohl wie in Oesterreich und in Polen.

Einen überaus bedeutsamen Abschnitt in diesem Ringen stellt ein Geheimvertrag zwischen Polen und Sowjetrußland dar.

Mit ihm wird bezweckt, den Viermächtepakt auszugleichen, und die Verständigung, die sich zwischen Deutschland und Polen angebahnt hat, zu stören. Der polnische Außenminister Beck, einer der mächtigsten Männer des Landes, steht bei diesen Bestrebungen bedingungslos auf seiten Frankreichs.

Ueber den Inhalt des nunmehr perfekt gewordenen Geheimvertrages zwischen Polen und Sowjetrußland erfährt die „Germania" von ihrem russischen Sonderberichterstatter folgende Einzelheiten: Im Moskauer Politbüro gab der stellvertretende Außenkommissar der UdSSR., Krestinski, die Tatsache des vollzogenen Geheimabkommens bekannt.

Es ist mit Wissen und Unterstützung Frankreichs zustande gekommen.

Die Moskauer und Warschauer Regierung werden durch den Vertrag zu gemeinsamen Aktionen für den Fall verpflichtet, daß im Rahmen des Viererpaktes Entscheidungen zustande kommen, die entweder direkt oder indirekt die Interessen der beiden Vertragspartner verletzen könnten. In einem Spezialprotokoll, das dieser Tage in Moskau unterzeichnet werden wird und dessen Wortlaut bereits feststeht, sind die Richtlinien festgelegt, nach denen ein gemeinsamer Kampf Polens und Sowjetrußlands gegen „imperialistisch-chauvinistische Tendenzen des Deutschen Reiches" geführt werden soll. Nach den Erklärungen Krestinskis im Politbüro

soll „Nazideutschland" in erster Linie wirtschaftlich bekämpft werden.

Im Falle eines bewaffneten Konfliktes zwischen Polen und dem Deutschen Reiche würde Sowjetrußland nicht nur neutral bleiben, sondern Polen indirekt unterstützen, und zwar vor allem dadurch, daß ihm die Kriegsindustrie der Sowjetunion zur Verfügung gestellt und die Komintern angewiesen würde, im Sinne der Zersetzung des deutschen Hinterlandes tätig zu sein.

Ein Spezialartikel des genannten Ergänzungsprotokolls zu dem russisch-polnischen Geheimabkommen sieht auch weitgehende Maßnahmen gegen die ukrainische nationale Bewegung vor, die beiden Staaten sehr unangenehm ist. Sowohl Polen wie auch Sowjetrußland werden in Zukunft dem ukrainischen Separatismus erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und ihn gemeinsam bekämpfen, statt ihn, wie bisher, im Nachbarlande zu fördern.

Außenpolitische Zeitenwende

Die Welt wurde seit dem Abschluß des großen Krieges ohne Deutschland regiert, und die „Sieger" suchten durch das Versailler Diktat für alle Zeiten der Möglichkeit vorzubeugen, daß ihre weltpolitischen Kreise je wieder von Deutschland aus gestört werden könnten. Demgegenüber suchten die verantwortlichen Leiter der deutschen Nachkriegspolitik des Weimarer Systems durch Erfüllungspolitik bis zum äußersten unsere Freiheit „zurückzukaufen", um für Deutschland wieder Einfluß und selbständiges Handeln in der Weltpolitik zu gewinnen. Daraus ergaben sich in Verbindung mit einer durch unbedenkliche Aufnahme von Auslandsschulden erzeugten künstlichen Konjunktur Scheinerfolge, die lange Zeit die Mehrheit unseres Volkes über die wirkliche Lage und ihren Ernst hinwegtäuschte. Stresemann, der markanteste Vertreter der Erfüllungspolitik, der gegenüber den bedingungslosen Verfechtern der Unterwerfungspolitik, den Zentrumsmännern Erzberger und Wirth, immerhin menschliches und politisches Format aufzuweisen hatte, hat diese Politik in die Formel gefaßt: „Was wollt ihr? Entlastung und Unfreiheit, oder: Belastung und Freiheit?" Aber diese Fragestellung war grundlegend falsch, weil noch niemals ein Volk durch Milliardenbelastungen seine Freiheit zu erkaufen vermochte, sondern allein durch eine Politik entschlossenen nationalen Willens und fester Ziele. So wurde schon damals von der deutschnationalen Opposition im Reichstage erklärt, das Kennzeichnende dieser Politik sei: „Von Illusionen zu Enttäuschungen, von Enttäuschungen zu neuen Illusionen."

Aber es hat der furchtbaren Weltkrise bedurft, um unser Volk und die anderen maßgeblichen Nationen von dem Unsinn der Erfüllungspolitik zu überzeugen und um zu beweisen, daß an eine Gesundung der Welt ohne Deutschland nicht zu denken ist. Wir stehen noch mitten in der wachsenden Erkenntnis über diesen Vorgang. Denn die Wiedergeburt Deutschlands durch den Nationalsozialismus hat natürlich zunächst die feindseligen Regungen gegen Deutschland vermehrt. Die Gründe dafür sind offenkundig. Ein einiges Deutschland, in dem alle Kraftquellen politischen Wollens unter einer gewaltigen Führerpersönlichkeit in konzentrierter und disziplinierter Kraft für die innere und äußere Wiedergeburt eingesetzt werden, widersprach zu sehr dem politischen Wollen der Väter von Versailles auf dauernde Ausschaltung Deutschlands. Das demokratische System, das man uns aufgezwungen hatte und das gemäß allen Hoffnungen die Deutschen prompt in das bereits den Römern so willkommene Erbübel der alten Germanen, die innere Zwietracht, verstrickte, schien sich als das beste Mittel der dauernden weltpolitischen Ohnmacht Deutschlands glänzend zu bewähren. Seine völlige Ueberwindung durch die deutsche Revolution von 1933 hat also eine perfide Rechnung aller Gegner des deutschen Volkes zerstört.

Aber darüber hinaus können sich auch die verbohrtesten Nutznießer des Parlamentarismus in den westlichen Demokratien nicht verhehlen, daß die deutsche Revolution ein weiteres Symptom für eine grundlegende Zeitenwende ist. In ganz Europa geht das liberalistisch-demokratische Zeitalter seinem Ende entgegen, nachdem die großen Demokratien es nicht vermocht haben, die abendländische Kulturwelt neu zu ordnen, sie vielmehr in ein immer größeres Chaos hineinzusteuern drohen. Der Sieg des Faschismus in Italien war das erste Zeichen, der Sieg des Nationalsozialismus das zweite für die Abkehr des Abendlandes vom Parlamentarismus. Schon finden diese Ereignisse in allen Ländern ein gewaltiges Echo. Ueberall erhebt sich die Jugend, wehrt sich gegen die alten parlamentarischen Routiniers und verlangt ein neues Regierungssystem, das an Stelle von Majoritäten und Verantwortungslosigkeit wieder Autorität und verantwortungsbewußtes Führertum fordert. Instinktiv erwacht das Gefühl, daß man mit Konferenzen, Geschäftsordnungstricks und parlamentarischen Abstimmungen nicht mehr eine aus ihren Fugen gegangene Welt retten kann. Gewiß ist weder der italienische Faschismus noch der deutsche Nationalsozialismus ein Exportartikel, denn sie sind Ergebnisse der besonderen völkischen Struktur ihres Heimatlandes. Aber der Gedanke der autoritären Führerpersönlichkeit als des verantwortlichen Trägers der Staatsgewalt an Stelle der unverantwortlichen Exponenten des blinden Massenwillens im demokratischen System ist als staatspolitisches Prinzip der Zukunft übernational und für alle Kulturvölker unter Anpassung an ihre besondere Eigenart anwendbar. In der Tat gewinnen in allen Ländern solche Strömungen wachsendes Gewicht. Schon veranstalten in England die dortigen Faschisten unter ihrem Führer Sir W. Mosley die ersten großen Aufmärsche. Und die Warnungen, die Lord Rothermere in seinem sensationellen Artikel über das neue Deutschland den alten Machthabern in England erteilt hat, sind bezeichnend dafür, daß auch das britische Inselreich von den Problemen ergriffen ist, die bei uns zur Ueberwindung

Das Saargebiet unter der Zwangsherrschaft

Erklärung der Regierungskommission

Saarbrücken, 19. Juli. Die Regierungskommission des Saargebietes teilt folgendes mit:

Das Saargebiet ist ein Abstimmungsgebiet. Die Bevölkerung des Saargebietes ist berufen, durch Abstimmung ihren Willen über drei durch den Friedensvertrag näher bezeichnete Fragen zu äußern. Die Abstimmung hat frei, ohne jeden Zwang, zu erfolgen, woraus sich ergibt, daß jedermann das Recht hat, für seine Ueberzeugung einzutreten und für sie zu werben. Es ist somit selbstverständlich,

daß jede politische Betätigung im Saargebiet, die sich im Rahmen der Gesetze mit der einen oder der anderen der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Lösungen befaßt, gleichmäßig gestattet ist

und unter dem Schutze der Staatsgewalt steht. Es darf daher in dieser Hinsicht nicht zu unzulässigen Handlungen gegriffen werden, wie zum Beispiel Verrufs- oder Aechtungserklärungen, Ehrverletzungen und vor allem Drohungen. Es sei unstatthaft, daß jemand zum Beispiel als Verräter gebrandmarkt wird, weil er im Hinblick auf die Volksabstimmung die eine oder andere politische Auffassung vertritt. Die Regierungskommission als Vertreterin des Völkerbundes greift weder zugunsten der einen noch der anderen Partei in den politischen Kampf ein. Ebenso müssen die Richter und sonstigen mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten im Dienste dieselbe Neutralität gewissenhaft beachten.

Die Regierungskommission ist somit verpflichtet, dann einzugreifen, wenn die durch den Friedensvertrag gewährleisteten Rechte bedroht erscheinen, und sie ist auch entschlossen, in dieser Hinsicht alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die Kommission verkennt die Lage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juli. Zu der Proklamation der Regierungskommission des Saargebietes ist darauf hingewiesen, daß die Regierungskommission sich so stellt, als ob im Saargebiet drei Parteien vorhanden wären, nämlich eine, die die Rückkehr des Saargebietes in das Mutterland Deutschland wünscht, eine, die ein neutrales Saargebiet wünscht, und eine, die ein französisches Saargebiet erstrebt. Tatsächlich aber spielen außer der deutschen Gemeinschaft die übrigen überhaupt keine Rolle. Man wird vielmehr sagen können,

daß die Abstimmungsberechtigten alle deutsch denken und fühlen, denn diejenigen, die andere Ideen entwickeln, sind durchweg Personen, die gar nicht im Saargebiet abstimmungsberechtigt sind.

Die Proklamation bedeutet im wesentlichen also doch wohl, daß Zwangsmaßnahmen gegen die Mehrheit der Bevölkerung ergriffen werden sollen zugunsten einer Minderheit. Dabei ist auch noch darauf hinzuweisen, daß die Regierungskommission bis zu einem gewissen Grade selbst Partei ist, da es natürlich in ihrem Sinne liegen würde, wenn das Saargebiet autonom bliebe, also nicht zum Mutterlande zurückkehren könnte. Wenn im übrigen weiter in der Proklamation gesagt wird, daß man sich im Wahlkampfe von Verhetzungen fernhalten sollte, so ist doch darauf hinzuweisen, daß die marxistischen Blätter des Saargebietes unentwegt die deutsche Regierung in der schärfsten und gehässigsten Form angreifen, ohne daß die Regierungskommission des Saargebietes irgendwie dagegen Stellung genommen hätte. Daß es der Regierungskommission im ganzen auf eine Entfremdung des Saargebietes von Deutschland ankommt, ergibt sich auch ganz klar daraus, daß sie ein Verbot der Kirchenwahlen für das Saargebiet erlassen hat.

Deutscher evangelischer Christ!

Berlin, 19. Juli. Das Wählen hat im Führerstaat des Dritten Reiches seinen Sinn verloren. Wenn dich dennoch der Führer selbst zur Kirchenwahl aufruft, so verlangt er von dir eine innere Entscheidung.

Du hast zwei Wege vor dir.

Du kannst auch weiterhin Evangelium und Volkstum ohne Zusammenhang neben- und gegeneinander stehen lassen. Du wirst diesen selbstmörderischen Weg aber nicht wählen.

Du wirst der großen Frage Gottes an dich die Antwort geben, welche die Einheit von Evangelium und Volkstum auf alle Zeiten besiegelt. Der Versuch, den Parteihader aufleben zu lassen, ist ein Verbrechen vor der Geschichte. Du wirst diesen Versuch rücksichtslos niederschlagen.

Steh auf, du Volk der Reformation! Achte Unterschiede, die sein mögen, gering. Sprich ein gewaltiges Ja und bekenne:

Ich will ein einiges deutsches und evangelisches Volk sein.

Deutscher evangelischer Christ!

Am Sonntag, dem 23. Juli 1933, sollst du die Männer deines Vertrauens zur Führung deiner Kirche wählen.

Der Führer selbst hat dich zur Wahl aufgerufen!

Er erwartet von dir, daß du deine Stimme abgibst!

Anspruch auf deine Stimme haben nur Volksgenossen, die sich vorbehaltlos zum Dritten Reich bekennen.

Beachte folgendes zur Wahl:

Wer darf wählen?

Wählen können alle männlichen und weiblichen Gemeindemitglieder, die am Wahltage das 21. Lebensjahr vollendet haben und in den kirchlichen Wählerlisten ihrer Gemeinde eingetragen sind.

Wer nicht in der Kirchenwählerliste eingetragen ist, muß dies schriftlich bis zum 20. Juli nachmittags 8 Uhr beantragen. Jedes Pfarramt gibt kostenlos entsprechende Vordrucke aus.

Wer sich nicht bis zum vorgeschriebenen Termin hat eintragen lassen, kann nicht wählen.

Wann wird gewählt?

Gewählt wird am Sonntag, dem 23. Juli, im Anschluß an den Hauptgottesdienst bis nachmittags 6 Uhr. Die genauen Wahltermine und den Wahlort gibt jede Kirchengemeinde durch Anschlag bekannt.

Wie kann der Urlauber wählen?

Vorübergehend Abwesende können ihre Stimme durch ein wahlberechtigtes Mitglied ihrer Kirchengemeinde abgeben lassen, welchem sie Vollmacht erteilen müssen. Die Vollmacht muß von einer amtlichen Stelle, auch Pfarrer, beglaubigt sein. Die Beglaubigung erfolgt kostenlos.